

Mittelddeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Nummer 8

Halle (S.), Donnerstag, 30. April 1925

1. Jahrgang

„Politischen Wegweiser“

Die Entscheidung.

Die Entscheidung ist gefallen. Die Reaktion hat ihre Zeit erreicht. ... Am 6. April, vor der endgültigen Annahmeerklärung Hindenburgs, schrieb die rechtspolitische Zeitschrift „Der Reichsbote“ ...

„Ja eben verhandelt.“ Dieses Robott, dem Cailleur — noch vor kurzem als Zeitschriftentum und Landesvertreter berufen und verbant — angehört, war gewiss eine Verhandlungspolitisch mit Deutschland zu treffen. Die französischen Nationalisten schämten ...

mehr als unserer Reichspräsidenten an. Die Anhänger des Reichsoffiziers haben den ganzen Wahlkampf über in Schrift und Rede voll Ehrerbietung vor Hindenburg geäußert, trotz der niedrigen Angriffe der Gegner ...

Beiträge an ihre Anwohner, je nach Wahl und Wunsch. Die Telegrammen-Union bedient rund 1200 deutsche Arbeiter aller Gewerke ...

An unsere Leser!

Aus den Kreisen unserer Leser ist uns vielfach der Wunsch zu gegangen, den Erscheinungstag des

„Politischen Wegweiser“

von der Mitte der Woche auf das Ende der Woche zu verlegen. Wir folgen diesem Wunsche und werden künftig nicht mehr den Donnerstag, sondern den Sonntag als Ausgabedag ansetzen, sodas für unsere auswärtigen Leser die Zustellung des

„Politischen Wegweiser“

am Sonntag erfolgt. Diese Aenderung tritt mit dem 1. Mai in Kraft.

Die Schriftleitung.

Die „Durchhaltepresse“

Wie die monarchistische Bewegung „gemacht“ wird. Von einem Fachmann. Dieser vor einigen Wochen geschriebene Aufsatz dürfte nach den Ergebnissen des letzten hinter uns liegenden Wahlkampfes von besonderem Interesse sein; vor allem erkennen einzelne Mitteilungen aus der Scheinung der D. N. Wahlmacher, über die wir unsere Leser in der vorigen Nummer berichten konnten ...

Die Anfänge der parlamentarischen rechtspolitischen Bewegung auf die Rechte reichen zurück bis ins Jahr 1917, als der Geheimfinanzrat Dr. Guenberg im Auftrag der für das „Durahalten“ bezeichneten einflussreichen Schwärzler die bekannte „Verantwortliche Presse“ ...

Am 6. Dezember, am Vorabend der Reichstagswahl, veröffentlichte der demokratische Reichstagsabgeordnete ...

Der ausgebreiteten Durchführung dieses Programms mangelte allerdings 1918 die Revolution ein Ende, als das „Durahalten“ ...

Rumpelstilchens Verleumdungswelle. Der „Deutsche Presse-Dienst“ in der Großbeerenstraße in Berlin, dem die „nationalistische“ ...

Die Verlegerorganisationen in der Provinz. Die Verlegerorganisationen in der Provinz sind ...

So sieht sich die Schöpfung der rechtspolitischen Einheitsfront ...

Die Korrespondenzfabrik. Die Telegrammen-Union hat heute fast ausschließlich ...

Die Korrespondenzfabrik. Die Telegrammen-Union hat heute fast ausschließlich ...



Sir bringen nachfolgende Entschlüsse des Lehrvereins Artern u. Langegg...

Konkordat.

Der Lehrverein Artern und Langegg erklärt in dem Konkordat...

Grundschule.

Anträge im Reichstage verlangen eine Differenzierung der Grundschule...

Mitteilungen.

Vorbildlich.

Bei der Vorbereitung uneres Parteibüros, des 'Vollkitcher Westweiser'...

Aus den Vereinen.

Deutscher demokratische Frauengruppe Halle...

Einvernehmen betreffende Vorklagen der Reichstagsjury...

Die Reichstagsjury für Handel, Industrie und Gewerbe...

Tagung der Angestellten der chemischen Industrie.

Die Reichstagsgruppe chemische Industrie im Gewerkschaftsverband...

Neue Situation im Bankgewerbe.

Der G. D. A. verlangt ein amtliches Schlichtungsverfahren...

Die in verschiedenen Zeitungen verbreiterten Nachrichten...

Sicherheitsangebot.

Der Deutsche Zweig der Internationalen Frauenliga...

Für uns Deutsche läge kein Anlaß vor, dieses Fremdenstimmigen zu geben...

Der nun ein Mientchen politische Bildung hat, weiß das Volk...

Das unanfechtbare Material des alten Defauers ist also freier Schwindel...

Und schließlich befehle ich Euch für 1924 in einem Duell...

Demokratische Wirtschaftstagung.

Der Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe...

Zum Schluß noch ein kleines Zeichen von der Volksgemeinschaft...

Nach den bisherigen Erfahrungen, die man mit der Kampfbahn...

Schwarz-Rot-Gold.

Das Banner der großdeutschen Geliebtheit...

Der bliamerte 'Alte Dessauer'.

In seiner Nummer vom 25. April auf Seite 2 bringt das Schimpf...

Advertisement for 'Wer seinen Mitgliedsbeitrag als Mitglied des Vereins der Deutschen Demokratischen Partei...' with a portrait of a man.

Advertisement for 'Der HEROLD' magazine, published by Herold-Verlagsgesellschaft m. b. H.

Advertisement for 'Nur rechtzeitige Erneuerung' subscription service.

Aufwertung
und
Deutsche Demokratische Partei

Der Wahlschwindel der Deutschnationalen



Rede
des demokratischen Reichstagsabgeordneten **H. Dietrich (Baden)**
gehalten im Deutschen Reichstag am 8. Mai 1925

*Preis pro Stück 5 Pfg., 100 Stück 4 Mk., 1000 Stück 35 Mk. Zu beziehen
durch die Reichsgeschäftsstelle der D. D. P., Berlin SW 11, Bernburger Str. 18*



Dietrich (Baden) (DD), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir hatten erwartet, daß in der heutigen Debatte die Parteien der Rechten zu der Frage der Aufwertung, nachdem jetzt eine Vorlage der Regierung gemacht ist und zur Diskussion steht, im einzelnen Stellung nehmen würden und daß der Zustand, in dem wir die Zeit her gefickt haben, daß nämlich nur Taktik gemacht würde, heute ein Ende nehmen werde.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sehen aber aus den Erklärungen, die heute abgegeben worden sind, daß wir uns immer noch in dem Zustande der Taktik befinden. Denn was hier gesagt worden ist, ist zwar sehr verbindlich nach außen, sagt aber in der Sache selber so gut wie nichts.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nur eines, glaube ich, kann man aus allen drei Erklärungen — sowohl der Deutschnationalen, als der Volkspartei, als auch des Zentrums — entnehmen, daß nämlich der Standpunkt, den Herr Best immer vertreten hat, daß allein eine individuelle Aufwertung imstande sein solle, wieder für eine gewisse Gerechtigkeit zu sorgen und die Sparer angemessen abzufinden, von allen drei Parteien endgültig verlassen worden ist.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir stellen das nicht etwa deswegen fest, weil wir der Meinung wären, daß man an dem Standpunkt der individuellen Aufwertung festhalten müßte. Wir haben ihn nie verfochten; denn wir haben gewußt, daß es auf diesem Wege aller Voraussicht nach nicht gehen wird. Wir stellen das hauptsächlich deswegen fest, weil wir in einer unerhörten Weise die Jahre her beschimpft worden sind, weil wir jene Vorschläge nicht mitgemacht haben und weil man uns als diejenigen hingestellt hat, die das Interesse der Sparer und des Kapital besitzenden Mittelstandes vernachlässigt hätten, weil man uns als diejenigen hingestellt hat, die die Vertreter des internationalen, des Börsenkapitals, und wie diese Einrichtungen alle heißen, seien.

Besonders hat man uns ja auch deswegen angeklagt, weil einer von uns — es war der Herr Abgeordnete Dernburg — den Standpunkt verfochten hat, daß es nicht möglich sein werde, eine volle Aufwertung zu machen und daß deswegen eine soziale Lösung notwendig sei. Fast mit Behagen, möchte man sagen, entnimmt man aus allen den Erklärungen, die heute abgegeben worden sind, daß sämtliche Parteien, die Erklärungen abgegeben haben, diesen Gedanken in den Vordergrund geschoben haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aus der Erklärung der Reichsregierung und aus ihrer Vorlage ersieht man, daß sie die sogenannte Reichsbettelkasse des Herrn Dernburg, wie sich der „Lokalanzeiger“ ausdrücken beliebte, jetzt in einer Form machen will, die wir nicht mitmachen werden.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Nun ist es ja nicht meine Aufgabe, heute alle Sünden hier zu rekapitulieren, die auf diesem Gebiete begangen worden sind. Es ist schlimm genug, daß die Besten im deutschen Volke ihr erspartes Vermögen verloren haben. Aber noch schlimmer als das ist die Tatsache, daß man ihnen jahrelang vorgegaukelt

hat, es sei möglich, und man habe die entschlossene Absicht, ihnen wieder zu diesem Vermögen zu verhelfen, und daß wir jetzt an dem Punkte angelangt sind, wo dieses traurige Spiel zu Ende ist und man zugeben muß, daß man die Versprechungen nicht einlösen kann.

So wenig es sonst meine Art ist, hier polemisch zu werden, muß man doch der historischen Wahrheit wegen hier festnageln, was die Herren — wenigstens die maßgebenden Herren — in der vergangenen Zeit gesagt haben. Da möchte ich zunächst Herrn Hergt zitieren. Herr Hergt, der ja früher die Deutschnationale Partei geführt hat, hat — ich nehme hier ein Blatt, das gewiß ganz unverdächtig ist, nämlich die „Neue Preussische Zeitung“ — am 25. Februar 1924 in dieser Zeitung zu den Grundlagen der Dritten Steuernotverordnung Stellung genommen, und er hat damals gesagt, daß es sich darum handele, die generelle Zulassung der freien Vereinbarung einerseits und in Ermangelung derselben einen Mindestsatz mit einem ausreichenden Spielraum nach oben für die festsetzende Aufwertungsstelle festzulegen. Er fährt dann fort:

Das waren die Grundpfeiler, auf denen sich das deutschnationale Aufwertungs-system aufbaute, und nur auf diese Weise konnte der flüssigen Rechtsentwicklung und den Verschiedenheiten der einzelnen Fälle im Interesse der Schuldner ebenso wie auch der Gläubiger Rechnung getragen werden.

(Hört! Hört! links.)

Er meint dann weiter, daß die Regierung leider an dem entgegengesetzten Standpunkte, nämlich an einem schematischen Einheitsatz, für alle Fälle mit der Degression zugunsten der Schuldner bei offenbar grober Unbilligkeit festgehalten und sich damit zu konfiskatorischen Grundsätzen bekannt habe.

(Hört! Hört! links.)

Dann geht er auf die Frage der

Aufwertung der Reichsanleihen

ein und kommt zu dem Schluß:

Alles das ändert aber nichts an der fundamentalen Vorschrift, daß bis zur Erledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen weder Zins noch Zahlung gefordert werden kann. Wie unmoralisch, untreu und unwürdig eine solche Vorschrift erscheinen muß, ist in den deutschnationalen Leitsätzen bereits dargetan.

(Hört! Hört! links.)

Dann sagt er, die Deutschnationale Partei hätte unter diesen Voraussetzungen den Grundsätzen der Dritten Steuernotverordnung ihre Zustimmung verweigert.

(Hört! Hört! links.)

So Herr Hergt im Februar 1924!

Heute hat es ganz anders geklungen. Heute hat Herr Hergt davon gesprochen, daß diese Sache dem Parteibetrieb entzogen werden müsse.

(Lachen links.)

Das war schon lange unsere Meinung, aber nicht die Meinung der Deutschnationalen; denn die Deutschnationalen haben auf diesem Gebiet, — das darf man in aller Objektivität aussprechen — in einer Weise gesündigt, wie es noch selten in der Wirtschaftsgeschichte eines Staates vorgekommen ist.

(Lebhafte Zustimmung links.)

enn Herr Hergt heute davon redet, man wolle Ent-
haltsamkeit üben, so ist mir dabei ein Satz eingefallen,
der heißt:

Enthaltensamkeit ist ein Vergnügen
An Dingen, die wir doch nicht kriegen.

(Zustimmung und Heiterkeit links.)

Denn jetzt ist die Einsicht da, daß das, was man ver-
sprochen hat, nicht geleistet werden kann. Aber immer-
hin wollen wir uns darüber freuen, daß heute ein reuiger
Sünder zu uns gesprochen hat.

(Sehr gut! links.)

Wir wollen hoffen, daß nicht mehr versucht wird, mit
solchen Mitteln Wahlen zu machen.

(Rufe von den Sozialdemokraten: Na! Na!)

Herr Dr. Steiniger, der gegenwärtig im Aufwertungsausschuß sitzt, hat sich noch im Februar dieses Jahres — es ist noch nicht allzu lange her —, nämlich am 28. Februar in der „Nationalpost“, zu dieser Frage geäußert, und er hat dabei den alten Ladenhüter wieder hervorgeholt, der Währungsverfall sei durch die Miswirtschaft der früheren Regierungen des Reichs herbeigeführt worden.

(Hört! Hört! links.)

Er hat dann gemeint, die grenzenlose Unfähigkeit oder Böswilligkeit dieser Regierungen trage die Schuld daran. Das ist eine sehr schwere Anklage, eine Anklage, die aber meines Erachtens zum alten Eisen gehört. Ich bin die ganzen Jahre hindurch bei denjenigen gewesen, die sich kräftig das Recht zur Kritik herausgenommen haben, und auch bei denjenigen, die oft versucht haben, den Karren, als er den Berg hinunterging, zum Halten zu bringen. Aber wenn man heute den Kampf verfolgt, den andere Staaten, die in einer ganz anderen Lage sind, wie Frankreich, mit einer nicht stabilen, mit einer variablen Währung zu führen, haben, wenn man sich alle die Dinge vergegenwärtigt, die sonst noch getrieben worden sind — ich will nicht an die wundesten Punkte rühren, wo noch Inflation gemacht worden ist —, dann wird man zum mindesten das eine zugeben müssen, daß die Kräfte auch der stärksten Regierung nicht auszureichen hätten, diese Abwärtsentwicklung der Währung auf die Dauer aufzuhalten.

(Zustimmung links.)

Daß wir erst an einem so tiefen Punkte dazu gekommen sind, die Stabilisierung zu machen, hängt auf der einen Seite damit zusammen, daß in jenem Augenblick alle Leistungen an die Entente eingestellt wurden, auf der anderen Seite mit dem psychologischen Moment, daß auch der hinterste Mann in Deutschland begriffen hatte, eine weitere Steigerung der Preise, Löhne und Gehälter habe keinen Zweck mehr. Diese zwei Voraussetzungen waren notwendig, damit die Sache überhaupt gehen konnte.

Dann meinte aber — und das ist für unseren vor-
liegenden Fall noch viel wichtiger — Herr Steiniger in dieser Darlegung:

Wenn die Deutschnationalen das sind, was sie sein wollen, so müssen sie tun, was einzelne bereits getan haben, nämlich jede Bereicherung durch die unselige Inflation zurückweisen.

(Lachen links.)

Wer sich auf Kosten seines Mitmenschen bereichert, lediglich weil eine Verordnung des Reichs es gestattet, nenne sich nicht deutschnational.

(Hört! Hört! und Heiterkeit.)

Dann sagt er weiter:

Die Deutschnationalen haben ganz eindeutige Wahlversprechen gemacht. Wenn der Artikelschreiber in Nummer 36 sie vergessen haben sollte, — die Wähler kennen sie um so besser.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: (Leider nicht!))

So geht es dann weiter. Er meint endlich:

Das Rezept des Reichsfinanzministers Luther mochte verwertbar sein, wenn es von einem absoluten Diktator mit unbedingt zuverlässiger Heeresmacht angewandt würde. Auch dann wäre der Wiederaufbau der Nation mit zu Unrecht Bereicherungen auf der einen und der großen Masse der an jeder Gerechtigkeit Verzweifelnden auf der anderen Seite kaum möglich. Ohne Diktatur war das Rezept eine politische Unlugheit größten Stils. Wehe der Partei, die sich für ihre Beibehaltung einsetzt!

Nun wollen wir abwarten, was jetzt geschieht, und wir hätten es gern gesehen, wenn die Herren Best und Steiniger — vielleicht kommt es noch — in dieser Debatte sich nunmehr zu der Sachlage, wie sie jetzt vorliegt, gestellt hätten. Dann hätten wir vielleicht gesehen, daß die Herren nicht mehr Arm in Arm marschieren, sondern daß die Herren Best und Steiniger, wenn sie sich selbst treu bleiben, wohl andere Wege gehen müssen als die, die die Mehrheit der Parteien in diesem Hause anscheinend zu gehen entschlossen ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich will nicht weitere Zitate anführen; sie liegen ja in Menge vor, und das deutsche Volk weiß, was auf diesem Gebiete in vergangenen Jahren geschehen ist.

Wenn wir uns die Frage der schematischen Aufwertung im einzelnen vor Augen halten und die Sätze prüfen, die die Regierung vorgeschlagen hat, so sind wir auf der ganzen Linie der Meinung, daß wesentliche Verbesserungen notwendig und möglich sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sind keineswegs der Meinung, daß eine individuelle Aufwertung möglich ist; das habe ich vorhin schon gesagt. Aber die Lösung, wie sie vorgeschlagen ist, billigen wir nicht in allen Teilen und behalten uns Handlungsfreiheit in jedem einzelnen Falle vor. Ich will heute nur einige Punkte herausgreifen, die wir sachlich schon jetzt erörtern können.

Soweit die

Aufwertung der Hypotheken

in Frage kommt, sind wir der Meinung, daß eine Teilung dieser Aufwertung in einen Grundsatz von 15 Prozent und in einen Zuschlag von 10 Prozent, wie ihn die Regierung proponiert, also in eine Grundaufwertung und eine Zusatzaufwertung, nicht möglich ist. Wir sind weiter der Meinung, daß es keinen Zweck hat, diese 10prozentige Zusatzaufwertung in die zweite Hälfte des Grundstückwertes, wie man sich ausgedrückt hat, zu verweisen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten, bei der Bayerischen Volkspartei und bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir halten diese Lösung für juristisch außerordentlich kompliziert und schwierig.

(Erneute Zustimmung.)

Bei größeren Objekten, bei denen zahlreiche Rechte und Lasten im Grundbuch stehen, werden hier unerträgliche Rechtszustände geschaffen.

(Wiederholte Zustimmung.)

Wir glauben auch nicht, daß es bei diesen komplizierten Rechtszuständen dann möglich sein wird, eine Hypothek zu finden, die man hinter den 15 Prozent und vor den 10 Prozent einschieben kann.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Deswegen meinen wir, wie wir überhaupt auf der ganzen Linie der Meinung sind, daß Rechtssicherheit und Einfachheit jetzt eine der wichtigsten Aufgaben sind,

(Zustimmung)

die wir zu lösen haben, daß auf diesem Gebiete, unbe-

kümmert um die Folgen, ganz klare und einwandfreie, auch für den Laien begreifbare Rechts- und Sachzustände geschaffen werden müssen.

(Zuruf rechts: Aber Kreditmöglichkeiten müssen doch auch noch da sein!)

— Verzeihen Sie, Herr Dr. Curtius, solange Sie mir nicht aufzeigen, wer eine solche Hypothek hinter den 15 Prozent gibt, glaube ich nicht, daß es möglich ist. Und wenn sich einer findet, können die 15 Prozent durch diese Hypothek abgelöst werden; dann geht es auch. — Aber so, wie oben gesagt, geht es nicht. Deswegen sind wir der Meinung, daß wir diesen Weg nicht mitgehen, wobei wir allerdings auf dem Standpunkt stehen — da teilen wir die Meinung der Regierung —, daß mit den Einschränkungen, die die Regierung selbst macht, der öffentliche Glaube des Grundbuchs gewahrt bleiben soll.

Wir haben uns dann die Frage vorgelegt: was kann der Hausbesitz

tragen? Und diese Frage liegt gar nicht so einfach. Wenn Sie die Sparer und Hypothekengläubiger hören, so klagen sie vielfach darüber, daß irgend ein besonders wertvolles Objekt aus der Belastung heraus soll dadurch, daß die Aufwertung nicht in ihrem Sinne gemacht wird, daß also Geschäftshäuser, Hotels, Pensionen und wie die Dinge alle heißen, Fabriken und ähnliche Objekte ebenso bemessen werden wie die Mietwohnhäuser, deren Eigentümer ja durch die gegenwärtige Gesetzgebung weitgehend enteignet sind. Aber trotzdem wird es schwer möglich sein, einen Unterschied zu machen, und es wird notwendig sein, eine höhere Aufwertung dadurch zu ermöglichen, daß man eine Entlastung des Hausbesitzes nach anderer Richtung vornimmt, wie das ja vorhin auch von sozialdemokratischer Seite ausgesprochen worden ist, daß man also die Steuerlasten, die auf dem Hausbesitz ruhen, verringert oder aber, daß man in etwas noch die Mieten erhöht. Einer dieser beiden Wege muß eingeschlagen werden, sollen wir überhaupt zu einem einigermaßen tragbaren Satz der Aufwertung kommen.

Die Frage der Rückwirkung kann unseres Erachtens weitergehend gelöst werden, als das die Regierung vorge schlagen hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der eigentliche Dollarkrampf hat nämlich nicht im Dezember 1922 begonnen, sondern der große Dollarkrampf hat im August, September 1922 begonnen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und das ist also der Punkt, bis an den man sowieso zurückgehen muß, wobei dann noch zu erörtern sein wird, wie weit man über diesen Zeitpunkt noch hinausgehen könnte. Aber ich glaube: dort ist die Zäsur zu finden.

Wir sind auch der Meinung, daß man nicht denjenigen schlechter behandeln darf, der das Geld genommen hat, gegenüber dem, der es nicht genommen, sondern sich aufs Prozeßieren gelegt hat. Diejenigen, die das Geld genommen haben, sind die braveren, ordentlicheren Staatsbürger gegenüber denjenigen, die sich aufs Streiten und Prozeßieren gelegt haben, und diejenigen, die den Versprechungen vom Regierungstisch geglaubt haben, daß doch keine Aufwertung komme.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir wollen wieder die Frage ernstlich prüfen, wie man die behandeln soll, die zu jener Zeit aus Not gekündigt haben, obwohl wir heute noch keine Möglichkeit sehen, wie wir diese Frage lösen können.

Nun kommt die zweite Frage, die Frage der Aufwertung der Obligationen,

hauptsächlich also der Industrieobligationen. In diesem Punkte hat aus den Erklärungen, die wir gehört haben, herausgeklungen, daß man weitergehen will, als es die

Dritte Steuernotverordnung vorsieht. Nun ist ja gerade hier in den vergangenen Jahren das Blaue vom Himmel herunter versprochen worden, und es hat mich oft gewundert, daß die Industrie gerade dahin gehalten hat, wo die Herren saßen, die sie so sehr belasten wollten,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

während sie es anderen Menschen immer gleich übelnimmt, wenn sie davon reden, daß die Industrie auch etwas zahlen soll.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun ist zunächst in diesem Fall die Summe, die in Frage kommt, außerordentlich zweifelhaft. Sie läßt sich nicht übersehen, und sie ist außerordentlich strittig. Ich habe aber das Gefühl, daß sehr viele Industrieobligationen — und das beruht auch auf Erfahrungen, die ich zitieren kann — eingezogen, also zurückgezahlt worden sind, daß also die Summe der bestehenden Belastung nicht so groß ist, wie man vermutet.

Nun wird allerdings gesagt: auf Grund des Dawes-Abkommens hat diese Industrie 5 Milliarden übernehmen müssen. Der Nachdruck liegt auf dem Wort „diese“. Nämlich nicht diese Industrie, die die Obligationen ausgegeben hat, hat die 5 Milliarden übernommen, sondern die gesamte deutsche Industrie, und die Schultern, auf denen die 5 Milliarden ruhen, sind breiter als die Schultern, auf denen die alte Obligationenlast der Industriellen ruht. Das ist auch ein Gesichtspunkt, unter dem man die Erhöhung der Lasten der Industrie prüfen muß. Wir sehen die Schwierigkeiten auch in diesem Fall sehr gut, und wir hüten uns, eine demagogische Politik zu treiben. Wir wissen, daß zwei Haken bestehen. Nämlich der eine besteht in der Bestimmung des § 21 der Dritten Steuernotverordnung, wonach eine Steuer, eine sogenannte Geldentwertungsausgleichsteuer zugunsten des Reichs von denjenigen Obligationenschuldnern erhoben wird, die durch die Aufwertung nur auf 15 Prozent entlastet worden sind. Diese Steuer beträgt 2 Prozent. Sie beträgt bei denjenigen, die schon die Schulden vor dem Inkrafttreten der Dritten Steuernotverordnung getilgt haben, mehr als 2 Prozent, nämlich sie erhöht sich um den Betrag — heißt es wörtlich —, „um den der Goldwert des für die Tilgung aufgewendeten Betrages hinter dem Aufwertungsbeitrag zurückbleibt“, also bis zu 15 Prozent. Wir stehen aber nicht an, zu sagen, daß diese Schwierigkeit unter Umständen dadurch aus der Welt geschafft werden kann, daß die Weitererhebung dieser Steuer, die nur zum geringen Teil bereits erhoben ist, eingestellt wird; es handelt sich hier nicht um allzu große Summen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Eine große Sorge haben wir allerdings, die wir hier offen aussprechen wollen, daß man nämlich bei diesen Industrieobligationen sehr schwer eine Unterscheidung zwischen Altbesitz und Spekulationsbesitz treffen kann.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Diese Frage haben wir in unseren Fraktionsverhandlungen allerdings noch nicht zu lösen vermocht. Wir werden aber dem Gedanken nachgehen, die Industrie stärker heranzuziehen, als es bisher der Fall gewesen ist.

Die Guthaben, die die große Masse der Sparer hatte, lagen bei den Sparkassen und bei den Lebensversicherungen. Bei den Sparkassen und Lebensversicherungen soll es nun nicht eine prozentuale Aufwertung geben, sondern da sollen die Vermögensmassen, die aus der Aufwertung diesen Instituten zufließen, durch einen Treuhänder verwaltet und unter die Berechtigten verteilt werden. Soweit die Lebensversicherung in Frage kommt, wird hier nicht gut etwas anderes zu machen sein. Ich sehe dazu keine Möglichkeit. Soweit aber die Sparkassen Guthaben in Frage kommen, sind wir der Auffassung,

daß man die Gemeinden und Kreise, die für die Sparguthaben gebürgt haben, nicht ohne weiteres aus der Haftung entlassen kann.

(Sehr war! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diese Klassen, wenn sie überhaupt wieder zu Leben gebracht werden und wieder Vertrauen bei der Bevölkerung bekommen sollen, schon in ihrem eigensten Interesse und im Interesse der hinter ihnen stehenden Gemeinden und Kreise daran denken müssen, eine bestimmte Summe aufzuwerten. Wir werden nach dieser Richtung hin Vorschläge machen, daß die Sparkassen, soweit sie öffentliche Sparkassen sind, also durch öffentlich-rechtliche Korporationen verbürgt sind, zu einem bestimmten Satz aufwerten müssen, ganz gleichgültig, wie die Teilungsmasse ausfällt, wobei wir ihnen eine Spanne Zeit gewähren wollen, um diese Summe zu sammeln, und Vorsorge treffen wollen, daß sie nicht allzuviel auf einen Sitz bezahlen müssen und dadurch Schwierigkeiten entstehen.

(Sehr war! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir glauben auch, daß es erzieherisch auf die hinter ihnen stehenden Kreise und Gemeinden wirken wird, wenn sie haftbar gemacht werden und sich nicht einfach auf den Standpunkt stellen können, daß diese Sparguthaben nun einmal ausgestrichen sind.

Das zweite Kapitel: die Frage der

Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen

hat die Regierung in dem Sinn entschieden, daß sie auf 5 Prozent aufwerten und den Altbesitzern diese 5 Prozent verzinsen, den Bedürftigen eine Zusatzrente geben will, während diejenigen, die nicht Altbesitzer und nicht bedürftig sind, nur im Wege der Auslosung zu ihrem Vermögen kommen sollen. Nun ist gesagt worden, daß es nicht angehe, Reichs-, Gemeinde- und Staatsanleihen in einen Topf zu werfen. Aber, meine Herren, es ist auch sehr schwer — man muß gerecht sein —, sie auseinander zu halten. Daß man die Gemeindefinanzen von den Länder- und Reichsanleihen sehr leicht trennen kann, liegt auf der Hand. Aber die Länderanleihen von den Reichsanleihen zu trennen, ist nicht so ganz einfach; denn die Masse der Länderschulden hat vor dem Krieg in den Eisenbahnschulden bestanden, und gerade die größten Staaten, wie Preußen, Bayern, und auch Mittelstaaten, wie Baden, haben diese ganze Schuld an das Reich abgegeben. Nur Württemberg von den größeren Staaten hat die Eisenbahnschulden auf sich behalten. Wenn man nun schon die Länderschulden anders behandeln will als die Reichsschulden, dann muß man zu den Länderschulden die Schulden rechnen, die das Reich aus den Eisenbahnschulden übernommen hat und muß sagen: deswegen, weil hier noch ein Gegenobjekt da ist, nämlich das Objekt, für das diese Gelder aufgenommen worden sind, muß hier eine stärkere Aufwertung Platz greifen.

Wir stehen diesem Gedanken durchaus sympathisch gegenüber. Wir meinen aber, bevor man eine endgültige Entscheidung trifft, muß einmal dem Zahlenmaterial, das vorliegt, auf den Grund gegangen werden. Ich will nicht bössartig werden gegen den Herrn Finanzminister wegen seines Zahlenmaterials aus den letzten Tagen. Aber Sie werden uns nicht übelnehmen, Herr Minister, wenn wir auch dieses Zahlenmaterial etwas kritisch unter die Lupe nehmen. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß der Altbesitz an Anleihen, soweit er für die Aufwertung in Frage kommt, etwa 20 Milliarden ausmache. Darin wären also im wesentlichen die Eisenbahnschulden und auch die Länderschulden enthalten. Wenn sich nun herausstellen sollte, was doch sehr leicht möglich ist, daß diese Summe gar nicht 20 Milliarden ausmacht, sondern erheblich niedriger ist, dann ginge es unter Umständen auf dem Weg, daß man

alle diese Anleihen besser aufwertet und besser behandelt, als dies bisher vorgesehen ist, dann brauchen wir diese Unterscheidung nicht zu machen; denn diese Unterscheidung wird uns einen sehr großen Vorwurf einbringen, nämlich den Vorwurf, daß wir diejenigen schlecht behandeln, die in den Zeiten der höchsten Not ihr Geld dem Reiche zur Verfügung gestellt haben, die Kriegsanleihezeichner.

(Sehr war! bei den Deutschen Demokraten.)

Während vor dem Kriege, sagen wir einmal der stärkere Mittelstand und die kapitalbesitzenden Klassen ihr Geld beim Staat als sichere Anlage angelegt haben, haben gerade die mittleren und die kleinen Leute im Kriege ihr Geld für den Staat geopfert.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das ist nun das Moment, das für die umgekehrte Entwicklung der Dinge spricht.

Wir sind der Auffassung, daß der Begriff „bedürftig“, der für die Zusatzrente maßgebend ist und der das Wort Reichsbettelkasse hervorgerufen hat, von der ich vorhin gesprochen habe, zu eng gefaßt ist und daß man nicht nur von denjenigen sagen kann, sie sind bedürftig, die unter 600 Mark Einkommen haben, sondern daß man diese Grenze schon etwas erweitern müsse.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Darüber wird im einzelnen noch im Ausschuß zu reden sein.

Vor allem aber meinen wir, daß es auf keinen Fall angehen wird, irgendwie den Gedankengängen Rechnung zu tragen, trotz aller schillernden Momente, die dafür vorgebracht werden, daß etwa die Besitzer, die nicht Altbesitzer sind, also die Spekulationsbesitzer haben, nun auch wie die Altbesitzer behandelt werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben die Auffassung, daß, wenn etwas im deutschen Staat verheerend war, das das Elend war, das aus dieser Spekulation heraus dem deutschen Volk erwachsen ist. Und die Schwierigkeiten mögen noch so turmhoch sein, die hier zu überwinden sind, wir werden nie die Hand bieten, diese Dinge miteinander zu verquiden und damit die Spekulation zu sanktionieren, die auf der Not des deutschen Volkes aufgebaut war.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Ich darf nun bei dieser Gelegenheit noch eine Bemerkung vom Standpunkt der hohen Politik aus machen. Es wird gegen eine weitergehende Aufwertung und bessere Behandlung der Anleihebesitzer des Reichs vornehmlich fortgesetzt eingewendet, daß

das Dawes-Gutachten

im Wege stehe, und es mag ja sein, daß damals, als diese Verhandlungen gingen, allerhand gesprochen worden ist. Ich bin aber der Meinung, daß das Dawes-Gutachten, das sonst volkswirtschaftlich durchaus auf der Höhe steht, hier in einem Punkt einen ungeheuren Trugschluß gemacht hat, nämlich insofern, als es der Meinung war, daß die Lage des deutschen Staats dadurch wesentlich besser geworden sei, daß das Deutsche Reich seine inneren Schulden abgeschüttelt hat. Volkswirtschaftlich gesehen bedeutet das — das Finanzministerium macht auch oft den Irrtum, wenigstens in seinen Begründungen, wenn man's vielleicht auch so im stillen Kämmerlein nicht macht, aber in den Schriftstücken steht es ab und zu —, volkswirtschaftlich bedeutet es für einen Staat keine Veränderung seines Nationalvermögens, wenn dieser Staat bei seinen eigenen Bürgern Schulden hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Eine innere Schuld eines Staats ist ein Guthaben der Bürger beim Staat, und der Staat haftet den Bür-

gern wieder für das Guthaben, und zwar haftet er ihm mit dem einzigen, was er hat, nämlich mit der Steuerkraft derselben Bürger. Also ändert ein derartiger Zustand an dem Besitzstand eines Volkes gar nichts, und die Tatsache, daß England heute hohe innere Schulden hat, die Tatsache, daß Frankreich heute hohe innere Schulden hat, ist weder ein Vermögenszuwachs noch ein Vermögensabwachs für die Volkswirtschaft als Ganzes gesehen. Deswegen ist die Zerschneidung der inneren Schuld, dieses Ausstreichen der inneren Schulden volkswirtschaftlich keine Besserung der Lage des deutschen Staats, sondern volkswirtschaftlich nur eine Veränderung, nur eine Verschiebung in den Besitzverhältnissen der deutschen Steuerzahler. Das ist meines Erachtens die volkswirtschaftliche Situation, die wir festhalten müssen, wenn wir uns etwa bei unseren Maßnahmen nach außen hin zu verteidigen genötigt werden.

Nun hat die Vorlage der Regierung von ihrer grundsätzlichen Haltung, daß schematisch aufgewertet wird, einige Ausnahmen gemacht, Ausnahmen in der Richtung, daß individuell aufgewertet wird, daß die Entscheidung also der Vereinbarung oder den Gerichten anbeigelegt wird. Diese Fälle sind im § 12 des ersten Teils aufgeführt. Wir können es nur begrüßen, daß die Reichsregierung den Mut gefunden hat, bei Auseinandersetzung von Familien- und Gesellschaftsverhältnissen einen anderen Weg zu betreten und hier die Aufwertung — sagen wir einmal — den Gerichten anheimzustellen. Wir sind auch darüber erfreut, daß bei dieser Gelegenheit ein Fonds von 150 Millionen herausgezogen ist, der der Reichsregierung die Möglichkeit geben soll, den ganz kleinen Anleihebesitzer bis zu 1000 Mark bis 15 Prozent abzufinden und mit dem Rest die Sparkassen, die Träger der Reichsversicherung und die reichs- und landesrechtlichen Ersatzklassen sofort mit 5 Prozent zufriedenzustellen. Wir meinen aber, daß diese Sätze nicht ausreichen, und wir sind gesonnen, uns mit der Reichsregierung und auch mit den übrigen Parteien darüber zu unterhalten, ob hier noch etwas geholfen werden kann, da wir namentlich bezüglich der Träger der Reichsversicherung und der landesrechtlichen und reichsrechtlichen Ersatzklassen eine bessere Behandlung wünschen.

Nun sind wir gezwungen, wenn wir so über die Vorlagen der Reichsregierung hinausgehen, zu sagen, wie wir uns die Deutung dieser Dinge denken. Soweit es sich bei diesem Weitergehen um zivilrechtliche Forderungen handelt, will ich am Schluß noch kurz einiges auseinandersetzen. Soweit eine stärkere Belastung des Reiches in Frage kommt, sind wir der Auffassung, daß das Reich diese stärkere Belastung in beschränktem Umfange nach Lage der heutigen Finanzen ertragen kann.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Weiter sind wir der Auffassung, daß unser alter Gedanke verwirklicht werden sollte, von dem vorher in der Rede war, daß versucht werden muß,

ein Vermögenszuwachs- und Vermögens- erhaltungssteuergesetz

zu machen, das den Zeitraum der Jahre 1913 bis 1924 umfaßt. Wir bedauern außerordentlich, daß die Regierung in ihrer Denkschrift diesen Gedanken so sehr ablehnt, der ja von uns stammt. Herr Kollege Dr. Dernberg hat ihn schon früher propagiert. Wir hoffen, daß die Regierung nach dem Beschluß, den der Ausschuß gestern gefaßt hat, ihren Standpunkt nunmehr ändert und sich herbeiläßt, diese Vorlage zu machen. Wir hoffen bestimmt, daß dann aus dieser Vorlage, die zur Beruhigung im Volk außerordentlich beitragen wird, die restlichen Mittel fließen, die wir noch brauchen, um zu unserem Ziel zu kommen.

Damit will ich die Einzelheiten verlassen und mich zum Schluß wenden. Man darf in dieser ganzen Frage

der Aufwertung nicht so änsätslich sein. Ich bin bisher auch ängstlich gewesen, solange man die Wirtschaft und Finanzen des Deutschen Reiches nicht übersehen konnte. Jetzt, wo wir wieder festen Grund unter den Füßen haben, haben wir auch die Möglichkeit, eher etwas zu tun als damals, wo wir noch nicht wußten, wo die Reise hinging.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Damals haben wir uns allerdings im Interesse des Staates und auch der Sparer, die wir nicht täuschen wollten, die größte Zurückhaltung auferlegt und aus nationalen Gründen auferlegen müssen.

Ich will mich mit zwei Dingen auseinandersetzen, die immer geltend gemacht werden, wenn man die Aufwertung verteidigt, zunächst einmal mit der Behauptung von der Verarmung der Wirtschaft. Gewiß ist die deutsche Wirtschaft verarmt; aber ändert es an diesem Zustand der Verarmung etwas, wenn wir die Aufwertung anders gestalten, als die Regierung vorgesehen hat? Es bleibt doch alles genau beim alten. Die ganze Sache ist weiter gar nichts anderes, als daß das Vermögen in Deutschland wieder anders verteilt wird als jetzt.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Das, was dem Hausbesitzer oder dem Hypothekenschuldner genommen wird, bezieht einfach ein anderer. Wenn man daraus den Satz herleiten will, daß damit dem Reich die Steuerkraft entzogen werde, so ist auch das unrichtig. Es mag sein, daß man ein Haus steuerlich leichter erfassen kann als eine Hypothek, weil man bei der Hypothek nicht immer weiß, wem sie gerade im gegenwärtigen Moment gehört, daß man überhaupt Objekte sichtbarer Art leichter erfassen kann als Kapitalvermögen. Das ist aber kein Grund, sich gegen die Aufwertung zu wehren.

Es ist auch falsch, wenn man behauptet, daß durch derartige Vorgänge, wie sie die Aufwertung mit sich bringt, produktives Kapital in unproduktives verwandelt wird. Wenn Kapital aus irgendeinem Objekt herausgezahlt wird, wird es der andere entweder verzehren und damit in die Wirtschaft bringen und damit die Produktion anregen, oder er wird es bei den Sparkassen, bei einer Bank oder sonstwo anlegen. Dann kehrt das Kapital von selber in den Produktionsprozeß zurück.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Man kann also auch mit diesem volkswirtschaftlichen Argument nichts anfangen. Schwierig ist es — das will ich denjenigen, die die Interessen der Industrie besonders verteidigen, zugeben — allerdings, wenn die Industrie große Obligationenschulden herauszahlen und damit ihr Kapital schwächen müßte, wobei die Summe auch wieder in den Produktionsprozeß zurückkäme und nur eine vorübergehende Störung durch die Auszahlung entstehen würde. Ich vermag also nicht zuzugeben, daß aus der Verarmung der Wirtschaft ein Gesichtspunkt gegen die Aufwertung hergeleitet werden kann.

Noch weniger vermag ich anzuerkennen, daß aus der Aufwertung eine Inflation

zu entstehen imstande ist. Man sagt: wenn erst die Hypotheken und die Staatsschulden aufgewertet werden, dann sind wir in der Gefahr einer neuen Inflation. Ja, wenn aus der Aufwertung der Hypotheken eine Inflation entstünde, dann würde auch eine Inflation aus der Aufhöhung der Mietzinsen entstehen, und noch nie hat jemand gewagt, zu behaupten, daß etwa aus der Erhöhung der Mietzinsen eine Inflation entstehen würde.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn morgen zehn Prozent auf die Mieten draufgeschlagen würden, würde sich im ganzen Hause nicht einer finden, der mit dem Traument käme, daß dadurch eine neue Inflation hervorgerufen würde. Genau so ist

es, wenn der Hausbesitz die Hypothekengläubiger bezahlen wird. Es wird einfach die Quote verringert, die ihm bleibt, und wenn man die Mieten dazu erhöhen muß, ändert das auch noch nichts an der Sache. Mit diesem Argument ist also nichts anzufangen.

Wenn man die Sparkassen zwingt, Kapital anzusammeln, so bedeutet das auch keine Inflation. Es bedeutet bloß, daß die Sparkassen die Zuschüsse, die sie von den Gemeinden bekommen, anlegen und nicht freie Verfügung darüber haben, sondern diese Anlagen, die auch im volkswirtschaftlichen Prozeß sind, für einen bestimmten Zweck zurückstellen. Nur das bedeutet es, an der Sache selbst ändert es absolut gar nichts.

Genau so ist es sogar mit den Reichsanleihen. Mit den Reichsanleihen kann eine Inflation nur dann entstehen, wenn sich die Bank, die heute das Reich hat und die keine Staats-, sondern nur eine Privatbank ist, die vom Reich vollkommen getrennt ist, dazu hergäbe, Noten zu dem Zwecke zu drucken, dem Reich das Geld vorzustoßen, um seine Staatsanleihen zu verzinsen oder heimzuzahlen. Das wäre die Möglichkeit, wie eine Inflation entstehen könnte. Man kann ferner sagen: diese Papiere sind alle lombardfähig, sie kommen zur Bank, die Bank wird sie beleihen. Das wird auch noch keine Inflation bedeuten. Eine Inflation bedeutet es auch in diesem Falle erst, wenn dann die Notenbank diese Papiere dadurch beleih, daß sie ihrerseits die Notenausgabe überspannt. Aber diese Gefahr besteht bei der heutigen Deutschen Notenbank nicht. Da können wir alle miteinander ruhig schlafen. Sie ist so gut verankert und von so guten Einflüssen von außen her umgeben, daß sie sich nicht dazu hergeben wird, zuviel Noten über das zulässige Kontingent und über die vorhandene Deckung hinaus zu drucken. Vor der Gefahr sind wir unbedingt sicher.

So, meine ich, kann man aus diesen Argumenten nichts für die Aufwertung an sich schließen als: die Bahn ist frei. Die Frage ist bloß die: was kann der einzelne Privatwirtschaftende nach seiner privatwirtschaftlichen Lage und der Staat nach seiner Finanzlage leisten? Sene volkswirtschaftlichen Argumente können dabei keine Rolle spielen.

Nun stehen wir auf dem Standpunkt, daß rasche Arbeit notwendig ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir begrüßen, was Herr Reil gesagt hat, daß man bis Ende Juni mit dieser Sache fertig werden muß. Einmal müssen wir mit der Beunruhigung zu Ende kommen. Einmal müssen wir den Mut haben, diese Sachen auszuräumen, unbekümmert darum, ob ein paar Wähler für uns oder gegen uns sind. Die Wirtschaft als Ganzes hat ein vitales Interesse daran, daß wir zu einem endgültigen Beharrungszustande kommen, und daß unter das viele Unglück, das in Deutschland in den vergangenen Jahren passiert ist, so oder so ein Strich gemacht wird.

Wir bedauern, daß der Mittelstand in den vergangenen Jahren so viel Schaden gelitten hat, und wir wissen auch die Bedeutung dieses Vorganges für das deutsche Volk durchaus zu würdigen. Kein einsichtiger Politiker wird sich dem Gedanken verschließen können, daß aus dieser Umschichtung des deutschen Volkes für die Zukunft und vor allen Dingen für die Lebensdauer und für die staatsbehaltenden Fähigkeiten des deutschen Volkes große Gefahren erwachsen sind. Diese Gefahren werden aber nicht kleiner, wenn man nicht den Mut findet, zu Ende zu kommen. Wir müssen den Beteiligten sagen: wir können nicht alles wiedergutmachen, was im Kriege und in der Revolution gesündigt worden ist und was in Deutschland zusammengebrochen ist. Wir können nur die Not und das Elend lindern, dazu haben wir den festen Willen.

Zu bestellen bei der Reichsgeschäfts-
stelle der D. D. P., Berlin SW 11,
Bernburger Straße 18:

Finanzpolitische Reichstagsrede
des Abgeordneten
Dr. Hermann Fischer

über:

Finanzwirtschaft und Steuerreform

Soeben erschienen:

Junge Demokratie

von
Anton Erkelenz

Preis gebunden 4 Mk. bei Bezug durch
die Reichsgeschäftsstelle der D. D. P.,
Berlin SW. 11, Bernburger Straße 18

Der Demokrat

Das Mitteilungsblatt der Reichsgeschäftsstelle der
D. D. P. enthält alle wichtigen Mitteilungen aus
dem Leben der Partei, aus der Arbeit der Parla-
mentarier, aus der Frauen- und Jugendbewegung,
unentbehrliches Hilfsmittel für Kampf und Werbung

Eine straffe Organisation,
ein enger Zusammenschluß aller
demokratisch empfindenden Deutschen ist nur dann
zu erreichen, wenn jeder Demokrat die demokrati-
schen Zeitschriften liest und uner-
müdllich für sie wirbt!



Der Demokrat erscheint 14 tligig und kann durch
jedes Postamt unter Angabe „16. Nachtrag zur
Postzeitungsliste“ zum Preise von 50 Goldpfennig
monatlich bezogen werden

Wir empfehlen aus unserem Verlag:

Demokratie und Parteiorganisation

von Anton Erkelenz, M. d. R.

Preis 1 Mark

Bestellungen nimmt entgegen:
Verlag Neuer Staat G. m. b. H.
Berlin SW 11, Bernburger Str. 18



